Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 47

Artikel: An einem Pfeiler des kommunistischen Systems wird gerüttelt : die Planwirtschaft steht zur Diskussion

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076824

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

An einem Pfeiler des kommunistischen Systems wird gerüttelt

Die Planwirtschaft steht zur Diskussion

In Moskau tagen gegenwärtig das Zentralkomitee der KPdSU und sein Präsidium um zu dringenden wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Chruschtschew hat das Thema einer ausgeweiteten Parteikontrolle in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft auf die Traktandenliste gesetzt. Die Versammlung des höchsten Parteigremiums findet gerade zum Zeitpunkt statt, da eine unionsweite Diskussion zum gleichen Thema ihren Höhepunkt erreicht hat. Sie betrifft nichts weniger als eine weitgehende Aenderung des wirtschaftlichen Planungswesens überhaupt, das die ökonomische Grundlage des kommunistischen Staates darstellt. Die Planwirtschaft befindet sich in einer latenten Krise, die sich in den letzten drei Jahren zunehmend bemerkbar machte und diesen Herbst akut geworden ist. Mit der Aufnahme des Themas in die «Prawda» hat jetzt die Partei selbst aus dem fachlichen Problem ein öffentliches Anliegen gemacht, das sofort breitesten Widerhall gefunden hat. Nicht nur in der Sowjetunion selbst, sondern auch in den Volksdemokratien. Polen will bereits versuchsweise einige Diskussionsvoten praktisch verwirklichen, und zwar in Richtung auf vermehrte eigene Initiative und Handlungsfreiheit der einzelnen Betriebe. Das Experiment wird ab 1. April an 34 Exportbetrieben beginnen. Eine Tendenz zur Freiwirtschaft auf der Ebene der direkten Produktion zeichnet sich überhaupt in den neuen Vorschlägen ab. Die Richtlinien von oben aber bleiben, ja, werden sogar verstärkt.

Das bisherige System: «Niemand ist zufrieden»

Die Entwicklung der Diskussion hat sich seit diesem Herbst wohl beschleunigt und ausgeweitet, aber sie erfolgt keineswegs als Blitz aus heiterem Himmel. Sie ist das Resultat schlechter Ergebnisse des gegenwärtigen Planungssystems und äusserte sich auch zunächst vor allem in wachsender Kritik an einzelnen und konkreten Versagern. Die Beanstandungen richteten sich vor allem an die einzelnen Produktionsbetriebe, an die niedrigeren Organe der Wirtschaftsverwaltung und dort beschäftigte Funktionäre. Die Kritik (mitsamt der erzwungenen Selbstkritik) hatte den ausgesprochenen Charakter der Sündenbockpolitik, wonach an jeglichem Missstand alles und alle schuld sind mit Ausnahme des Systems.

Der neue Ton der Kritik ...

Diese Art von Kritik ist selbstverständlich auch heute noch im Gange, aber seit drei Jahren macht sich auch ein neuer Ton, ein genereller Ton, immer stärker bemerkbar. Er entspricht Versagern, die man immer stärker als generell erkennen musste.

1959 begann Chruschtschew mit seinem Siebenjahresplan, der die bisherige Kette der Fünfjahrespläne (der letzte sollte bis 1960) gehen, unvermittelt abbrach. In der neuen Planperiode sollte die wirtschaftliche Blüte des Landes verwirklicht werden: Bis 1965 würde die Industrieproduktion der USA eingeholt, die Landwirtschaft entscheidend vorangetrieben, die Versorgung sichergestellt, die Arbeitsproduktivität gesteigert, die Investitionen (Grossbauten usw.) vervielfacht werden. Nun ist das Einholen Amerikas auf 1980 verschoben worden, die Landwirtschaft ist zurückgeblieben (die Getreideernte dieses Jahres zum Beispiel erreichte wiederum nicht die 141,2 Millionen Tonnen von 1958; dabei wollte man bis übernächstes Jahr auf 180 Millionen Tonnen kommen), die Arbeitsproduktivität steigt nicht rascher, sondern langsamer an (1960 fünf, 1961 vier, Plan sechs Prozent), die Investitionspläne wurden nicht erfüllt (letztes Jahr offiziell zu 95 Prozent, aber dafür wurden zahlreiche angefangene Bauten halbfertig stehengelassen; Indizien lassen auch auf laufende Plankorrekturen nach unten schliessen).

Wuchs die Wirtschaft nicht im geplanten Ausmass, so schwoll dafür das Planungswesen selbst immer stärker an. Die 1,6 Millionen Personen (30 Prozent der administrativen Arbeitskräfte der Volkswirtschaft), die sich 1959 mit Planung und Statistik beschäftigten, dürften auf zwei Millionen angewachsen sein. Hält diese Entwicklung weiter an, so ist 1980 die ganze Bevölkerung in Planung und Verwaltung tätig, erklärte diesen Herbst die offizielle Zeitschrift der sowjetischen Planungskommission.

Und trotz oder wegen dieses Riesenapparates mehrten sich die Fälschungen von Produktionsziffern von Lieferungen und Statistiken in solcher Weise, dass sich die Partei diesen Frühling zu einer grossen Kampagne gegen solche Vergehen gezwungen sah. Wie kann den Berichten über Planerfüllung Glauben geschenkt werden, wenn die Partei selbst die Grundlagen als unzuverlässig bezeichnet?

... wird allgemein

Das sind die Gründe, weshalb seit drei Jahren auch das Planungswesen selbst vermehrt der Kritik unterzogen werden. Die wirtschaftliche Fachpresse machte — durchaus mit Billigung der KP übrigens — den Anfang. Dann wurde die Diskussionsbasis erweitert (ein Artikel des Charkower Oekononmen und Professor E. Liebermann in der «Prawda» vom 9. September bildete den Auftakt zu dieser Phase) und jetzt ist die Kritik am gegenwärtigen Zustand der Planung der offiziell anerkannte Ton.

«Mit der gegenwärtigen Praxis in der Planung sind weder die unteren Glieder des Wirtschaftsapparates noch die zentralen Planungsorgane zufrieden.» Das stellt ein Leit- und Redaktionsartikel der Oktobernummer von «Planowoje Chosjastwo» fest, wo auch mit Schärfe allen Funktionären entgegengetreten wird, «welche die Schärfe der gegenwärtigen Lage nicht erkennen und bestrebt sind, jene Planungsordnung aufrecht zu erhalten, welche sich in den vergangenen Jahren entwickelte».

Die Verdammung des bisherigen Systems ist also allgemein — wenigstens in der Theorie. Was aber soll an seine Stelle treten?

Das neue System: Unten freier, oben strenger?

Die Vorschläge zur Besserung der Lage haben eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie die Kritik. Sie sind in manchen Formen zusehends häufiger in Expertenkreisen und in der Fachpresse aufgetaucht und haben dann einen scheinbar plötzlichen Kristallisationspunkt im erwähnten Artikel Liebermanns gefunden. Sie haben zusätzliche und parallele Entwürfe im Gefolge.

Jetzt steht die Einführung in die Praxis zur Debatte. Die Abteilung für Volkswirtschaftsplanung der sowjetischen Planungskommission hielt eine Konferenz ab und beschloss, «nach Durchführung entsprechender Experimente über die Zweckmässigkeit der vorgeschlagenen Methoden in der Planungspraxis zu entscheiden».

Die in westlichen Kommentaren zuweilen ersichtliche Interpretation, das Regime habe sich trotz heftigem Sträuben mit den Wünschen der Wirtschaftsfachleute zu befassen, geht jedenfalls zu weit: Die Partei, die schliesslich auch die Wirtschaftsführung umfasst, ist an einer Reorganisation der Planung in erster Linie interessiert: dazu gibt sie den Fachexperten eine Diskussionsfreiheit von vielleicht ungewöhnlichem Ausmass.

Haupttendenz: Betonung der Rentabilität ...

Die neue Linie hat zwar noch keine verbindliche Fassung gefunden, ist aber doch in ihren Grundtendenzen gut erkennbar.

Komisch, ich kann und kann diese Kuh nicht dazu bringen, Milch zu geben.

Das Wirtschaftsleben der UdSSR wird durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan bestimmt und gelenkt zur Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, zur steten Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen, zur Festigung der Unabhängigkeit der UdSSR und zur Steigerung ihrer Wehrfähigkeit.

Artikel 11 der sowjetischen Verfassung.

Zentral ist hierbei der Gedanke der Rentabilität, der gegenüber dem bisherigen Gedanken von Soll und Uebersoll in der Produktion den Vorrang erhält.

Wie ist es denn jetzt? Jeder Betrieb hat seinen Produktionsplan, den er erfüllen und, wenn möglich, übererfüllen muss. Davon sind seine Prämien abhängig und die Prämienverteilung an die Belegschaft. So ist der Produzent zunächst einmal daran interessiert, einen möglichst erfüllbaren, dass heisst niedrigen Plan zu erhalten, der unter der Produktionskapazität seines Betriebes liegt. Dann ist er daran interessiert, zur Erfüllung seiner Lieferverpflichtung alles andere hintanzusetzen: die Entwicklung neuer Produkte und neuer Produktionsmethoden (oder höchstens zur Erfüllung des ebenfalls bestehenden diesbezüglichen Planes ohne Rücksicht auf das ganze), die Qualität der Erzeugnisse (die diesbezüglichen Vorschriften sind schwerer kontrollierbar), die Ausnützung der Arbeitskräfte (Ueberstunden statt Organisation), die Koordination mit andern Branchen (etwa bei Halbfabrikaten), die besonderen Bedürfnisse (möglichst wenig Sortimente und ja keine Spezialanfertigung), die Gestehungskosten. Kurz, der Produzent ist daran interessiert, möglichst wenig herstellen zu müssen, und das, was er muss, um jeden Preis herzustellen.

Hier soll nun Remedur geschaffen werden. Im Mittelpunkt steht dann nicht die Planerfüllung, sondern der Gewinn. Das Unternehmen wäre weniger an Soll und Uebersoll interessiert, sondern mehr an der Ausnützung seiner Kapazität. Er würde weniger darauf bedacht sein, einen Befehl zu erfüllen, sondern einen Profit zu erzielen. Er wäre nicht mehr an einem niedern, sondern an einem hohen Plan interessiert, nicht allein an einen funktionierenden, sondern an einen rationellen Betrieb.

Nun ist es nicht so, dass gegenwärtig die Planwirtschaft nur den quantitativen Ausstoss betrifft. Vielmehr bestehen eine Unzahl Vorschriften (Normen), welche Arbeitszeit, Leistung, Warenqualität, Sortimente usw. betreffen. Alles ist sogar reglementiert. Aber diese von oben her festgelegte Detailplanung erschwert gerade die sinngemässe Koordination auf der untersten Ebene, wo dann nicht mehr das Gedeihen des Betriebes erstrebt wird, sondern nur noch die Erfüllung der Anweisungen.

Damit der Rentabilitätsgedanke durchdringt, muss er weitgehende Befreiung von sturen Planvorschriften für den einzelnen Produzenten bringen, einen grösseren «materiellen Anreiz» und eine grössere Kompetenz. Und in dieser Richtung bewegen sich auch die Vorschläge der «neuen Linie».

Bedeutet das die Einführung freiwirtschaftlicher «kapitalistischer» Prinzipien?

... auch für den Staat

Nur bedingt. Partei und Staat denken keineswegs daran, ihre Lenkung der gesamten Wirtschaft aufzugeben. Im Gegenteil. Die Richtlinien für Produktion, Verteilung und Konsum (Festlegung der Markt- und Bevölkerungsbedürfnisse) bleiben weiterhin Sache der zentralen Planungsbehörden, ebenso wie Grossinvestitionen und Normen für Preise, Löhne usw.

Die Kontroll- und Koordinationsbefugnisse der Planungsbehörden — so ist es durchwegs vorgesehen — wachsen parallel zu den «privatwirtschaftlichen» Impulsen der Produktion. Auf der Ebene der Volkswirtschaftsräte (deren es in der Sowjetunion 103 gibt) würde zum Beispiel für die Industrieproduktion (für andere Branchen bestehen andere Einteilungen) die Entwicklung der einzelnen Unternehmen gemäss den Anordnungen Moskaus aufeinander abgestimmt. Der Produzent legt gemäss den Richtlinien und den nach wie vor bestehenden Erzeugungsanweisungen seine ehrgeizigeren, weil profitären Pläne, dem Volkswirtschaftsrat vor, der sie so koordiniert und korrigiert, dass er seinen eigenen Plan erfüllt oder überfüllt. Aehnliches würde auch auf andern Stufen der Planungshierarchie geschehen.

Der Unterschied zu vorher würde vor allem darin bestehen, dass der Leistungswille von unten dem Befehl von oben in erhöhtem Masse entgegenkäme. Ein Interessenkonflikt wird also nicht stattfinden — sagt Professor Liebermann.

Die wichtigsten Vorschläge

der gegenwärtigen Planungsdiskussion sind um das skizzierte Thema gruppiert oder ergänzen es. Aus der Darstellung Liebermanns, die man als repräsentativ für die ganze Bewegung bezeichnen kann, lassen sich sechs Hauptpunkte unterscheiden, welche der geforderten Planungsreform als Gerüst dienen würden.

Mit ihnen werden wir uns in einer Fortsetzung befassen.

Der Planapparat

Die Planung umfasst in der Sowjetunion jeden Aspekt von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben. Sie stellt infolgedessen ein ganzes System von Staats- und Wirtschaftsorganen dar.

An der Spitze stehen (seit der letzten Reorganisation 1959) die Staatliche Kommission des Ministerrates der UdSSR zur laufenden Planung der Volkswirtschaft (Gosekonomkommissija) und der Staatliche Wirtschaftswissenschaftliche Sowjet des Unionsministerrates. Diese zweite Behörde ist damit beauftragt, die Perspektivpläne auszuarbeiten, die Gesetzmässigkeit des Uebergangs zum Kommunismus zu studieren und die Erfahrungen des Wirtschaftslebens auszuwerten.

Dann wird die Planung weiter gegliedert:

1. Allgemeine Planung: Planungskommissionen der einzelnen Unionsrepubliken (15), der Autonomen Republiken (17), der Grenzgebiete und Gebiete (6 und 125), der Volkswirtschaftsräte (103 — eine Unterteilung nach wirtschaftlichen Kriterien), der Bezirke (4340) und Städte (491).

2. Branchenplanung: Planabteilungen in den Ministerien der UdSSR, der sowjetischen Zentralstellen und Hauptverwaltungen (mehrere Hunderte); die entsprechenden Planabteilungen auf der der Stufe der Unionsrepubliken (rund Tausend); Planungsabteilungen der Gebietsorganisationen, die den Ministerien verschiedener Stufe unterstellt sind, dann die Planungsabteilung und Planungsgruppe der Betriebe (ca. 200 000).

3. Statistik: Zentrale Statistische Verwaltung beim Unionsministerrat, entsprechende Stellen bei den Republiken, Gebieten und Grenzgebieten, Bezirks- und Stadtinspektorate der Zentralen Statistischen Verwaltung.

Planung und Statistik beschäftigten schon 1959 rund 1,6 Millionen Personen. Die Belastung der Wirtschaft durch diesen Apparat ergibt sich aus einem von Chruschtschew selbst angeführten Beispiel: Eine Maschinenfabrik in Rjasan erhielt allein vom übergeordneten Ministerium (von andern Instanzen ganz zu schweigen) in einem Jahr 2580 detaillierte Anordnungen. Die Fabrikdirektion hatte im gleichen Jahr 10 250 Berichte und Schriftstücke an übergeordnete Stellen zu senden.

Gegenwärtig laufen in der UdSSR der Siebenjahresplan 1959 bis 1965, ein Perspektivplan (Richtlinien ohne bestimmte Ziffern) 1960 bis 1980 (Parteiprogramm von 1961), der Generalplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft, Sonderpläne für einzelne Branchen.

Für die Wirtschaftsverwaltungseinheiten der unteren Ebenen und die einzelnen Unternehmen bestehen: Zwanzigjahrespläne, Fünfjahrespläne, Jahrespläne und Quartalspläne. Letztere werden von den Betrieben selbst ausgearbeitet und dann genehmigt. Dazu kommt noch eine «ununterbrochene», das heisst laufende Planung als Verbindung der kurz- und langfristigen Planung.

Wirtschaft

Polen

Das Experiment beginnt

Mit ausgesuchten polnischen Betrieben wird demnächst ein revolutionäres Experiment begonnen, bei dem ihnen, laut «Glos Pracy», «völlige Handlungsfreiheit, Raum für eigene Initiative und trotzdem alle materielle und finanzielle Unterstützung durch den Staat» gewährt werden wird.

Das erste Experiment, das den Betriebsleitern ihre Handlungsfreiheit wiedergibt, bleibt auf 34 Betriebe beschränkt. Bei allen handelt es sich um Exportbetriebe, «deren man sicher sein kann, deren Produktion bereits exportiert wird und die sich im Ausland einer gewissen Popularität erfreuen».

Dass diesem Experiment der offizielle Segen erteilt wurde, ist die unmittelbare Folge einer lebhaften Debatte in polnischen Wirtschaftskreisen, die sich mit den Misserfolgen der klassischen kommunistischen Wirtschaft beschäftigt im Anschluss an die grosse sowjetische Diskussion.

Die Tatsache, dass die Ansichten Professor Liebermanns von offizieller sowjetischer Seite Unterstützung finden, bedeutet für die polnischen Wirtschaftskreise, die schon lange mit ähnlichen Gedanken umgehen, das Startzeichen.

Das Experiment mit den 34 Betrieben, das am 1. April des kommenden Jahres beginnen soll, ist der erste positive Schritt in der neuen Richtung.

Die Betriebe werden in Zukunft nur noch nach einem Gesichtspunkt arbeiten und beurteilt werden, nämlich nach dem Wert der verkauften Waren, der nach der Summe der Exportzloty berechnet wird. Auch untersteht die Zahl der Beschäftigten und der Lohnfonds keinerlei Begrenzung mehr. Man will ihnen den Einkauf von